

# Luzerner Tagblatt

**Schüler als Luftpiraten 2/LM**  
**Vier Jahre Gefängnis für den Brandstifter von Hottingen LM**  
**«Minstrels» und «Frau Stirnimaa» eroberten Luzern LM**

## Die Konferenz der Supermächte in Helsinki

Die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Beschränkung der strategischen Waffen werden abwechselungsweise in der sowjetischen und amerikanischen Botschaft in Helsinki geführt werden. Sie sollen am Montag aufgenommen werden.

(R) Ein Sprecher der finnischen Regierung gab bekannt, daß die Konferenz, welche das atomare Wettrüsten beenden soll, im Bankettsaal der finnischen Regierung am Montag eröffnet werde. Darauf werde sie in den beiden Botschaften geführt.

Angleich wegen der Gefahr des Abhörens könne die Konferenz in keinem öffentlichen Gebäude der finnischen Hauptstadt durchgeführt werden. Mit den neuesten Abhörgeräten kann man auch auf große Distanzen Gespräche abhören, indem man die Vibrationen an den Fenstern abnimmt.

Die beiden Delegationen werden vom Direktor des amerikanischen Amtes für Waffenkontrolle und Abrüstung, Gerard Smith, und vom sowjetischen Vizeaußenminister Wladimir Semjonow geleitet. Sie werden auf Samstag in Helsinki erwartet.

Die vorbereitende Phase der Konferenz wird der Ausarbeitung einer Tagesordnung gewidmet sein. Möglicherweise wird sie mehr als zwei bis drei Wochen dauern. Hernach werden die

Verhandlungen bis Jahresende verlegt. Die beiden Delegationen werden in dieser Zeit ihren Regierungen Bericht erstatten.

Die Finnen haben für die Konferenz große Vorbereitungen getroffen. Es ist Platz für 250 Journalisten geschaffen worden, doch ist nicht sicher, daß die Verhandlungen im neuen Jahr in Helsinki weiter geführt werden. Als weiterer Verhandlungsort ist Wien genannt worden.

### Lange Dauer der Verhandlungen

(R) Präsident Nixon deutete beim Abschiedsgespräch mit der amerikanischen Verhandlungsdelegation für Helsinki an, daß er mit einer längeren Dauer der Gespräche mit der Sowjetunion rechnen werde. Er sagte beim Abschied, er hoffe, daß die vorbereitenden Gespräche bis in etwa drei Wochen abgeschlossen sein werden. Die Delegation wird am Freitag in Brüssel einen kurzen Zwischenhalt einschalten, um sich mit dem Nato-Rat zu verständigen, bevor sie nach Helsinki weiterfliegt, wo die Gespräche am Montag aufgenommen werden.

## Hilfe für Nixons Vietnam-Politik

US-Parlamentarier im Weißen Haus

Washington, 13. Nov. ag. (AFP) 15 amerikanische Kongreßmitglieder sprachen im Weißen Haus vor, um Präsident Nixon mitzuteilen, daß 300 Mitglieder des Repräsentantenhauses und 59 Senatoren den Text einer Entscheidung zur Unterstützung seiner Vietnam-Politik gutgeheißen hätten.

Nixon rief sofort den amerikanischen Chefunterhändler an den Vietnam-Verhandlungen in Paris, Cabot Lodge, an und forderte mehrere Parlamentarier auf, ihn persönlich ihrer Unterstützung seiner diplomatischen Bemühungen zu versichern.

US-Kriegsgefangene als «Kriegsverbrecher» behandelt

New York, 13. Nov. ag. (R) Der sowjetische Delegierte bei der Uno, Tarassow, erklärte vor dem Sozialkomitee der Uno, daß die amerikanischen Soldaten, welche in Nordvietnam gefangen gehalten werden, dort als Kriegsverbre-

cher und Luftpiraten betrachtet werden und nicht nach der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen behandelt würden. — Der sowjetische Delegierte unterstützte damit die Haltung Hanois gegenüber dem Appell U Thants vom 30. Oktober, worin dieser verlangte, daß das Rote Kreuz die amerikanischen Kriegsgefangenen in Nordvietnam besuchen dürfe. Die Vereinigten Staaten appellierten an das Sozial-Komitee der Uno, U Thants aufzufordern zu unterstützen.

General Minh verlangt Volksbefragung in Südvietnam

(R) General Duong von Minh (der «große Minh») betonte, die Mehrheit des südvietnamesischen Volkes unterstütze die Regierung in Saigon nicht. Der General verlangte, daß eine Volksbefragung durchgeführt oder ein «Volkskongreß» einberufen werde, um das Land aus seinen Konflikten herauszuführen.

## Erbitterte Agrardebatte in Bonn

Bonn, 13. Nov. ag. (DPA) Die christlich-demokratische Opposition hat sich im Bundestag energisch hinter die Bauern gestellt und den vom EWG-Ministerrat getroffenen Kompromiß für einen Einkommensausgleich der deutschen Landwirtschaft abgelehnt. Nach diesem Entscheid sollen die deutschen Bauern für den Einkommensverlust nach der Mark-Aufwertung in den nächsten vier Jahren je 1,7 Milliarden Mark

durch eine Erhöhung der deutschen Mehrwertsteuer und durch Subventionen aus dem deutschen Staatshaushalt sowie dem EWG-Agrarfond erhalten.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Barzel, forderte, daß die gegenwärtige Übergangsregelung (Importabgaben für Agrarerzeugnisse an der Grenze und Exportsubventionen) nicht wie vorgesehen bis 31. Dezember 1969, sondern bis 31. Januar 1970 gelten soll. Barzel

machte die Mark-Aufwertung für die Schwierigkeiten der Landwirtschaft verantwortlich.

Wirtschaftsminister Schiller verteidigte die in Luxemburg und Brüssel vereinbarte Regelung. Er betonte, daß die deutsche Landwirtschaft für vier Jahre einen vollen Ausgleich für ihre Verluste nach der Aufwertung erhalten werde.

Baldige Unterzeichnung des Atomsperrvertrages

Bonn, 13. Nov. ag. (DPA) Die Bundesregierung wird den Atomsperrvertrag nach Meinung des Regierungssprechers Conrad Ahlers noch vor Jahresende unterzeichnen. Ahlers kündigte vor der Presse an, die Regierung wolle das Vertragswerk in einer ihrer nächsten Kabinettsitzungen einer abschließenden Würdigung unterziehen. Bei dieser Gelegenheit dürften die Vorschläge behandelt werden, die die oppositionelle CDU/CSU während der großen parlamentarischen Sperrvertrags-Debatte geäußert haben.

## Sprengstoffanschläge in New York

New York, 13. Nov. ag. (AFP) In New York häuften sich die Sprengstoffanschläge. Im fünften Stock des Gebäudes des Kriminalgerichts explodierte eine Dynamitladung. Es wurde niemand verletzt, doch der Sachschaden ist beträchtlich. Das Gebäude wurde sofort geräumt, da in einem anonymen Telefonanruf angekündigt wurde, daß einige Minuten später ein zweiter Sprengkörper explodieren werde. Kurze Zeit nach dem Anschlag wurden zwei Männer, die Dynamit auf sich trugen, verhaftet. Die Polizei gab keine Auskunft über die Verhafteten. — Bereits in der Nacht zum Dienstag waren in drei Gebäuden der Stadt Sprengladungen explodiert.

In den letzten Monaten wurde etwa ein Dutzend Anschläge auf öffentliche Gebäude in New York verübt. Jedemal wurden dabei Sprengkörper aus Dynamitstäben mit einem Zeitzähler verwendet.

Seit Beginn der Woche erhielten Radiostationen und Nachrichtenagenturen unzählige Telefonanrufe von Unbekannten, die mitteilten, daß in Gebäuden der Bundes- oder Gemeindebehörden oder in Häusern von Industrie- oder Gewerkschaften oder Pressebüros Bomben gelegt worden seien. Zahlreiche Gebäude wurden nach diesen falschen Alarmen evakuiert.

## Neuer Start Demirels mit neuem Team

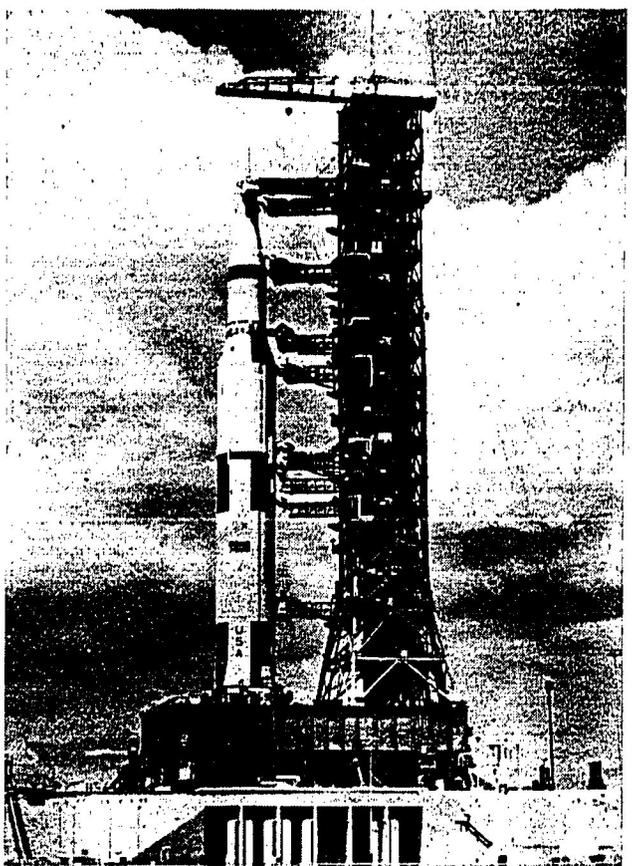
Islamische Traditionalisten aus der türkischen Regierung ausgebootet

Neben dem türkischen Ministerpräsidenten Demirel saß ein grundlegend erneuertes Team von Ministern, mehrere weniger bekannte Gesichter, als er vor dem neugewählten Repräsentantenhaus in Ankara in einer dreistündigen Rede sein Programm umriß. Politisch weit bedeutsamer als diese Regierungserklärung ist die durchgreifende Neubildung des Kabinetts, welche beinahe einer Revolution von oben innerhalb der aus den Wahlen siegreich hervorgegangenen Gerechtigkeitspartei gleichkommt.

Der 45jährige Süleiman Demirel, Sohn eines Kleinbauern in Westanatolien und in seiner äußeren Erscheinung ganz der moderne Managertypus, nahm sich diesmal bei der Auswahl seiner Minister Zeit. Zur allgemeinen Überraschung der politischen Beobachter in Ankara räumte er mit den bisher in personeller Hinsicht respektierten Tabus radikal auf und stellte ein einheitlich ausgerichtetes Team auf die Beine, dem ausschließlich Männer aus dem um ihn gruppierten progressiven Lager angehören.

Die hinter ihm stehende, konservative, zum islamischen Traditionalismus neigende Gerechtigkeitspartei, die von der Wählerschaft der ehemaligen Demokratischen Partei des hingerichteten Ministerpräsidenten Menderes unterstützt wird, ist ein heterogenes Sammelbecken mit verschiedenen ideologischen Richtungen. Neben den sogenannten «Eingeschworenen» — den dies zu Demirel haltenden weltaufgeschlossenen Abgeordneten — gibt es vor allem den extrem rechtskonservativen Flügel mit dem bisherigen Innenminister Shukan und dem Verkehrsminister Bilgiç an der Spitze, der für das Reformwerk Atatürks nicht viel übrig hat und den unter Menderes eingeleiteten Prozeß «Zurück zur alten islamischen Tradition» weiterführen möchte. Bilgiç galt als dominierende Figur in der Gerechtigkeitspartei, als diese kurz vor der Kanalisierung der Revolution 1961 von General Gülmüşpala gegründet wurde. Nach dessen Tod wurde aber überraschenderweise nicht er, sondern der außerhalb der Partei damals noch wenig bekannte Demirel zum Nachfolger gewählt.

Obwohl der antizulawistische rechtskonservative Flügel aus dem Urnengang gestärkt hervorging, hatte Demirel den Mut, die Exponenten dieser scharf religiös ausgerichteten Gruppe auszubooten. Sein neues Kabinett ist damit frei von der ideologischen Belastung, welche



## «Apollo 12» startbereit

Beim Triebwerk von «Apollo 12» ist ein defekter Tank für flüssigen Wasserstoff ausgewechselt worden. Das Raumschiff ist nun wieder bereit, um am Freitag starten zu können. Am Donnerstagmorgen ist mit dem Auffüllen der Behälter begonnen worden. Der Start ist für Freitag, 17.22 Uhr Schweizer Zeit, vorgesehen. Der Leiter der Startvorbereitungen, Paul Donnelly, äußerte sich zuversichtlich, daß der Start zur geplanten Zeit erfolgen könne. — Vgl. «Tagblatt»-Sonderbericht auf Seite 2.

ständig Spannungen erzeugte und das besondere Mißfallen der reformerischen Armee-Offiziere erweckte.

Die Kaltstellung dieser Gruppe birgt aber auch Gefahren in sich. Sie kann zu einer Spaltung der Partei führen, und die Folge wäre dann, daß Demirel seine Mehrheitsposition im Parlament verlieren würde.

In der zweiten Regierung Demirel mit ihren von 22 auf 24 erhöhten Ministerposten gibt es 12 neue Köpfe — lauter jüngere Männer von meist unter 40 Jahren, wie den bekannten Geschäftsmann Achmed Dallı als Handelsminister, den allgemein geschätzten Universitätsadministrator Orhan Oguz als Erziehungsminister und den erfolgreichen Verwaltungsfachmann Hayrettin Nakipoglu als Minister für Wohnungsbau. Zu den aus der alten Garde im Kabinett verbliebenen Figuren gehört der Außenminister Caglayangil, der die letzten vier Jahre die Außenpolitik der Türkei gemäß den leitenden Grundlinien — Loyalität zur Nato, Entspannung mit den kommunistischen Nachbarländern und Freundschaft mit den Arabern — sehr geschickt dirigiert hat.

In seiner dreistündigen Regierungserklärung hat Demirel erklärt, daß die Türkei diesen außenpolitischen Kurs weiterverfolgen werde. Wesentliche Punkte seines Programms sind im übrigen: Eine Reform der schwerfälligen staatlichen Verwaltung, eine Hochschul-

reform, durch welche der linksextremen Agitation unter den Studenten der Wind aus den Segeln genommen werden soll, und Maßnahmen zur Steigerung der Exporte sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den rückständigen Provinzen Ostanatoliens, wo es noch Tausende von Dörfern ohne Trinkwasser, ohne elektrisches Licht und ohne Zufuhr von Strom gibt.

Die Aufgaben, denen Demirel zu Beginn seiner zweiten Regierungsjahre gegenübersteht, sind äußerst komplex. Die Hauptsorge des Ministerpräsidenten ist im Augenblick die unglückliche Entwicklung des türkischen Außenhandels, die sich in einem Defizit von 300 Millionen Dollar in der internationalen Zahlungsbilanz ausdrückt und befürchten läßt, daß sich diese Lücke eher noch vergrößern wird. Die türkische Staatsbank ist infolge Devisenmangels mit ihren Transferzahlungen an das Ausland um ein halbes Jahr im Rückstand, und in der Versorgung der Industrie mit lebenswichtigen ausländischen Rohstoffen und Ersatzbestandteilen machen sich Mangelerscheinungen bemerkbar, die bereits Betriebs Einschränkungen zur Folge hatten. Die Geldentwertung, begleitet von einer fortschreitenden Teuerung, beschleunigt sich, und wenn diese inflationäre Entwicklung sich nicht aufhalten läßt, droht der Türkei ein wirtschaftlicher Zusammenbruch.

Arthur M. Stierli

## Der Streit um Indira Gandhi

Vertrauenserklärung der parlamentarischen Fraktion der Kongreßpartei

Delhi, 13. Nov. ag. (AFP) Die parlamentarische Fraktion der indischen Kongreßpartei hat Premierministerin Indira Gandhi ihr Vertrauen ausgesprochen. Die 330 anwesenden Fraktionsmitglieder erklärten gleichzeitig in einer einstimmig angenommenen Resolution den von der Partei-Exekutive beschlossenen Ausschluß Indira Gandhis aus der Partei als nichtig und ungerechtfertigt. Die Premierministerin bleibe Führerin der Partei und genieße deren volles Vertrauen.

99 Mitglieder der Fraktion blieben der Sitzung fern. Frau Gandhi erklärte jedoch vor der Abstimmung, zahlreiche Parlamentarier hätten sich bei ihr entschuldigt, daß sie an der Zusammenkunft nicht teilnehmen könnten. Die

Kongreßpartei mache eine schwere Krise durch, doch werde sie diese, wie die früheren, überwinden.

Justizminister Govinda Menon meinte, die anwesenden Parlamentarier repräsentierten die «wahre» Kongreßpartei, und jene, die Frau Gandhi ausgeschlossen hätten, seien die «Dissidenten».

Minister Jagjivan Ram wies darauf hin, daß mit Schwierigkeiten zu rechnen sei, wenn das Parlament nächste Woche wieder zusammentritt, da die Fraktion Indira Gandhis ohne die Unterstützung ihrer Gegner innerhalb der Partei nicht mehr über die absolute Mehrheit verfügen wird.

Der Minister betonte jedoch, er ver-